Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. . . Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. . . Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 237 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt 4,50 Mk. durch die Boten 5,40, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 5,40 Mark. | **Halver** . Freitag, den 10. Oktober. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 75 Pfg. bei Aufnahme in unseren sämtlichen Lokalausgaben. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren | **20. Jahrgang**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat an die Entente eine Note gerichtet, in der Garantien für eine freie und unbeeinflußte Volksabstimmung in Eupen-Malmedy verlangt werden.

* In der preußischen Landesversammlung teilte bei der Aussprache über die vorläufige Beschlagnahme des preußischen Kronvermögens der Finanzminister Dr. Südekum mit, daß in kürzester Frist der Vertrag über die Abfindung der Hohenzollern vorgelegt werde.

* Das Luftschiff hat seine erste Auslandsfahrt von Berlin nach Stockholm in 7½ Stunden zurückgelegt.

* Die deutsche Baltikum-Note wird in Paris als ungenügend betrachtet und soll durch Foch beantwortet werden.

* Durch die im Friedensvertrag für Ungarn vorgesehenen neuen Grenzen verliert Ungarn 180 000 Quadratkilometer und die Hälfte seiner bisherigen Einwohner.

* Die polnischen Meldungen von der geplanten Gründung eines autonomen Kohlenstaates werden von Berliner amtlicher Stelle als unzutreffend bezeichnet.

Schatten der Vergangenheit.

Verstimmungsbild eines alten Journalisten.

Reichstag, im Oktober.

Als die Nationalversammlung in Weimar ihre historischen Tage erlebte: die erste Sitzung, die Übernahme des Reichskabinetts durch Scheidemann, die Wahl Eberts zum Reichspräsidenten, die ersten Verhandlungen über die Notverfassung — wer ihnen beiwohnte, war enttäuscht. Es mangelte den Reden der Pulsschlag der Geschichte, man spürte nicht das Rauschen einer neuen Zeit. Den Rednern links und rechts fehlte das große Format; mit einer Ausnahme: Friedrich Naumann. Der allein war imstande, die Herzen mitzureißen, selbst die Gegner in seinen Bann zu zwingen, den Ernst und der Bedeutung der Stunde, inhaltlich und formal, gerecht zu werden. Er war wirklich, wie Präsident Fehrenbach in seinem Nachruf betonte, der hinreißendste Redner der Nationalversammlung. Mit seinem Tode ist der letzte Stern erster Größe erloschen.

Am letzten Dienstag hatte die Nationalversammlung ihren ersten „großen Tag" in Berlin. Eine Rede des Reichskanzlers war angekündigt, programmatische Reden der Fraktionsführer, der „großen Kanonen" sollten folgen. Wenn früher eine Rede des Reichskanzlers zu erwarten war, drängte sich das Volk zu den Tribünen, schwirrte es erwartungsvoll im Sitzungssaal, lag Spannung über dem Haus. Diesmal war hiervon nichts zu merken; und die Gleichgültigkeit der Vorstimmung war leider berechtigt. Reichskanzler Bauer las vor, klebte am Manuskript. Sonst griff der Kanzler oder der Staatssekretär des Auswärtigen zu schriftlichen Aufzeichnungen nur an den Stellen, wo jedes Wort auf die Wagschale gelegt werden mußte, weil das Echo im Ausland schädlich oder nützlich sein konnte. Heute hat es den Anschein, als könnte an wichtigen Tagen kein Redner mehr frei sprechen; das Ablesen ist fast die Regel geworden.

Dem Kanzler folgte der Führer der Demokraten, Petersen, Naumanns Nachfolger. Er kann zündender sprechen; am Dienstag hing aber auch er am Manuskript, ließ sich durch Zwischenrufe beeinträchtigen und war in der Erwiderung nicht glücklich. Seine Rede hatte keine originale Prägung und blieb ohne Wirkung. Der dritte Redner, Scheidemann, ist häufig wirksam. Er beherrscht das Wort, ist schlagfertig und hat einen scharfen Verstand. Nur fehlt ihm die Wärme, „das Ethos". Ein großer Redner ist nicht derjenige, dem mühelos die Sätze von den Lippen fließen — dann wäre Bismarck, der um den Ausdruck rang, ein Stümper gewesen und Paasche der größte Redner — es muß auch eine starke Persönlichkeit, ein Temperament hinter den Worten stehen. Der vierte Redner war Graf Posadowsky, der Führer der Deutschnationalen. Der war immer schon trocken gewesen und so einförmig, daß der ehemalige Kaiser Wilhelm II. bei einem seiner Vorträge gelangweilt, sich damit vergnügte, ihm seine zwei Dackel um die Beine zu jagen.

Unwillkürlich schweift an einem solchen kleinen großen Tage die Erinnerung zurück in die Zeiten, da im Parlament wirklich noch der Donner des Wortes die Hörer erschütterte. In den verfassunggebenden Tagen von Weimar dachte man an die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, in der die bedeutendsten Männer, Gelehrten und Dichter Deutschlands vertreten waren, an Redner vom Schlage eines Heinrich v. Gagern, Simson, Döllinger, Robert Blum, Rießer, Wilhelm Jordan. Wir haben jene Redner nicht gehört, können die Verhandlungen der Paulskirche nur im Buch nachlesen, aber wir erinnern uns noch der lebendigen tiefen Wirkung, die Redner des Deutschen Reichstages ausgeübt haben; und wehmütig vergleicht man die damaligen Parteiführer mit ihren Nachkommen. Das Niveau des Reichstags hat sich immer mehr gesenkt, die Form der Reden ist salopper, schablonenhafter, die Tonart ungepflegter, zuweilen fast ruppig geworden. Auch der Reichstag ist, und zwar schon längere Zeit vor der Revolution, materialisiert und ärmer an hervorragenden Individualitäten geworden.

Ein Redner von zwingender Gewalt und sittlicher Wucht war Eugen Richter. Bei ihm saß jedes Wort, kein Satz war überflüssig. Die Knappheit war nicht Armut, sondern wirksame Verstärkung der Schlagkraft. Die gedrungene kräftige Gestalt auf plumpen Beinen und einem Kopf von charakteristischer Häßlichkeit prägte sich unauslöschlich ein. Er besaß eine Stimme, die, obgleich Richter stets vom Platz aus sprach, mühelos in allen Winkeln verstanden wurde; eine Redegabe, die die Ironie ebenso handhabte wie den sittlichen Zorn, dazu ein positives Wissen, namentlich in Finanzfragen, das immer wieder überraschte. Er war Bismarcks gefährlichster Gegner, und der cholerische Altreichskanzler zog es vor, die Erwiderungen Richters nicht mit anzuhören und das Kampffeld vorher zu verlassen. Erst später, als Exkanzler im Sachsenwald, hat er sich zu gerechter Würdigung seines intimen Gegners verstanden.

Auf der äußersten Linken war Bebel, der Feuerkopf, zu finden. Seine Reden litten zwar zuweilen an lähmenden Breiten, aber welches Temperament zuckte aus ihnen, welche Blitze schossen hervor, selbst als der Kopf schon weiße Haare trug! Neben ihm, als Gegensatz, Herr v. Vollmar, der sozialdemokratische Aristokrat, der im französischen Krieg verwundete, an Krücken sich fortbewegende Offizier. Es war mäuschenstill, wenn der vornehme, besonnene Redner, hinter dem die ganze Sozialdemokratie Bayerns stand, sprach.

Bei den Freisinnigen gab es neben Eugen Richter noch recht wirksame Redner: Der dicke Alexander Meyer, mit dem riesigen roten Taschentuch, der über einen urgesunden Humor verfügte; von ihm stammt das Wort: Das Bier, das nicht getrunken wird, hat seinen Beruf verfehlt. Der schneidend scharfe ironische Munckel, ferner Heinrich Rickert, der allerdings zu viel sprach und allzuleicht vom Thema abwich. Bei den Nationalliberalen der angesehene Führer v. Bennigsen, der ein eleganter, durch vornehme Form bestechender Redner war, und der schlaue Fuchs Miquel, der spätere Finanzminister, dem, nach Bismarcks Wort, die „pupillarische Sicherheit" fehlte, der aber ein gefährlicher Debatter war.

Das Zentrum hatte wenig Redner von zwingender Gewalt. Windthorst, der geniale Führer, sprach zu leise, und war nur für die allernächste Umgebung verständlich; Lieber, sein Nachfolger, war einer der langsamsten Sprecher. — Bei den Freikonservativen war der alte Herr v. Kardorff (mit der angesetzten silbernen Nase) ein sehr wirkungsvoller Redner, ein Draufgänger und ein Temperament, das auf seinen Sohn, der in der jetzigen preußischen Landesversammlung ein Führer der Deutschnationalen ist, übergegangen ist. Bei den Deutschkonservativen glänzte Adolf Stöcker, der Hofprediger, der mit einschmeichelndem Organ und Gefeiltheit des Vortrags eine demagogische Kraft stärksten Grades verband. Der eigentliche Führer Graf Limburg-Stirum hatte eine Kastratenstimme, seine Reden waren jedoch diplomatisch geschickt und, wenn es darauf ankam, von gefährlicher Schärfe, ohne daß ein unvornehmes Wort angewendet wurde.

Mit dem zunehmenden Materialismus im reichwerdenden Deutschland, der leider in Form von Interessenvertretern auch ins Parlament einzog, verschwanden die Redner großen Stils, wurde der Glanz des Parlaments blind. Kompromißpolitik fordert Kompromißleute. Eigenbrötler, Starrnackige, ethisch Begeisterte sind dort jetzt am Platz. Die Revolution hätte neuen Geist und neue große Redner bringen können. Bis jetzt ist es nicht geschehen. Aber vielleicht befinden sich unter den noch unbekannten Mitgliedern der Nationalversammlung einzelne Persönlichkeiten, die noch im Verborgenen stehen müssen, jedoch berufen sind, die parlamentarische Beredsamkeit zu neuen Ehren zu bringen. — — —

Deutsche Nationalversammlung.

(93. Sitzung.) st. **Berlin, 8. Oktober.**

Das Haus war heute erheblich schwächer besetzt als gestern, und die Teilnahme der wenigen Erschienenen offenbar gering. Die Minister waren fast vollzählig wieder zur Stelle, nur der Reichskanzler fehlte.

Attentat auf Haase.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung nach 1 Uhr 15 Minuten und kam sofort auf das Attentat zu sprechen, das wenige Minuten vorher in unmittelbarer Nähe des Reichstagsgebäudes auf den Führer der Unabhängigen, den Abg. Haase, verübt worden war. Der Präsident erklärte: Es ist schon zu Ihrer Kenntnis gekommen, daß auf ein Mitglied des Hauses, den Abg. Haase, unmittelbar vor dem Reichstagsgebäude ein Attentat verübt worden ist. Unser Kollege Haase ist getroffen worden. Wir alle hoffen, daß die Wunde keine verderbliche ist, und daß weitere Folgen damit nicht verknüpft sind. Es ist mir gesagt worden, daß dem Anschein nach irgend welche schweren Folgen damit nicht verbunden sein dürften. Über die Motive des Täters, der festgenommen worden ist, ist weiter nichts bekannt. Wir haben auch keinerlei Mutmaßungen.

Ich nehme an, fuhr der Präsident fort, daß es der Ansicht des ganzen Hauses entspricht, wenn ich dem Abg. Haase, seiner Familie und seiner Fraktion die herzlichste Teilnahme des Hauses zum Ausdruck bringe, mit den Wünschen, daß keine schwereren Folgen mit dieser Tat verbunden sein möchten. (Zustimmung.)

Auf der Tagesordnung stand heute an erster Stelle die von dem Abg. Arnstadt (deutschnat.) und dem Abg. Dr. Heinze (deutsche Vp.) eingebrachte Interpellation, die sich auf den Schutz der Jugend gegen sittliche Verwahrlosung bezieht. Der Reichsjustizminister Schiffer erklärte hierzu, daß die Regierung mit dem Präsidenten einen Termin zur Beantwortung verabreden würde. Damit war dieser Gegenstand vor der Hand erledigt. Und

die politische Aussprache

über den Haushalt des Reichskanzlers und der Reichskanzlei wurde fortgesetzt. Präsident Fehrenbach teilte dazu mit, daß zu diesem Punkte noch die Redner Dr. Stresemann und Haase gemeldet wären. Da die unabhängige Fraktion für Haase nicht sofort einen anderen Redner stellen kann, soll ihr vorbehalten bleiben, später das Wort zu dieser Frage zu erhalten. Jedenfalls soll nach dem Abg. Dr. Stresemann die Aussprache geschlossen werden und notwendigenfalls später nach der Rede des unabhängigen Abg. Hoch noch einmal eröffnet werden.

Abg. Dr. Stresemann von der Deutschen Volkspartei begann hierauf seine Ausführungen und gab vor allem dem Gefühl des Abscheues gegen die Tat Ausdruck, wie sie bei dem Überfall auf den Abg. Haase vorliegt. „Ich glaube nicht, daß die Neubildung der Regierung einen wesentlichen Einfluß auf die politische Gesamtlage ausüben wird. Hierzu veranlaßt mich die Auffassung, daß die Nationalversammlung an einem solchen Mangel an Autorität leidet. So jung sie ist, so altersmüde erscheint sie bereits. Nachdem sie ihre Aufgabe, die Verfassung zu erledigen, gelöst hatte, hätte man ihr nicht noch eine derartige Fülle von gesetzgeberischen Aufgaben überweisen sollen. Dann ging der Redner auf die wirtschaftliche Lage ein, wobei er bemerkte, „wenn der Reichskanzler sich über unsere wirtschaftliche Lage so zuversichtlich ausgesprochen hat, könne er nur beistimmen." Wenn wir über diesen Winter hinwegkommen, so werden wir eine solche Fülle von wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen haben, daß die Frage der Auswanderung vollständig ausscheiden muß. Dann ging der Redner auf

das Betriebsrätegesetz

ein, wobei er erklärte, es befremde ihn, daß der Reichskanzler so sicher mit der unveränderten Annahme des Betriebsrätegesetzes rechne. Darüber verbreitete sich der Redner ausführlich. Später ging er auf das Schieberunwesen ein und dann wandte er sich gegen verschiedene Ausführungen, die gestern der Sprecher der Demokraten, der Abg. Petersen gemacht hatte. In dieser Beziehung erklärte der Abg. Dr. Stresemann unter anderem: „Ich will die Schuld der Konservativen nicht kleiner erscheinen lassen, als sie ist, aber es ist nicht richtig, zu behaupten, daß eine Partei in der Lage gewesen sei, die ganzen Fortschritte der politischen Verhältnisse in Deutschland dauernd zu hindern. Wenn der Liberalismus den Willen zur Macht gehabt hätte, so wäre er über jeden Widerstand hinweggekommen. Ebensowenig darf man davon sprechen, daß der Reichstag ohnmächtig gewesen sei, und keinen Einfluß auf die Politik gehabt hätte. Die Lage war damals so, daß wir ein fattes Bürgertum besaßen, dem die Ideale abhanden gekommen waren. Dr. Stresemann ging hierauf auf die Frage der Monarchie ein, und dabei betonte er, unter dem lebhaften Beifall der Rechten: Meine Freunde lehnen jeden monarchistischen Putsch ganz entschieden ab, wohl aber werden wir, innerhalb der Verfassung, für den monarchistischen Gedanken in Deutschland werben, weil wir

aus Vernunftsgründen Monarchisten

sind. Das ist unser gutes Recht, das wir uns nicht streitig machen lassen. Wir wollen nach sozialdemokratischer Auffassung jetzt Vernunftsrepublikaner sein, weil die Dinge doch nicht zu ändern seien. Ich glaube nicht, daß die neue Staatsform seit dem November moralische Eroberungen in Deutschland gemacht hat. Viele Leute, die sich zunächst mit der Republik abgefunden hatten, sind längst wieder Vernunftmonarchisten geworden. Was wir haben, ist kein parlamentarisches System, sondern ist eine Karikatur, eine Ausbeutung eines Systems zu parteipolitischen Zwecken. Wir kopieren nicht England, wir kopieren Amerika, wo die politischen Sieger sich in die Beute teilen. Damit ruinieren wir unsere Beamtenschaft, diese festeste Grundlage des Staates.

Zum Schluß seiner Ausführungen ging der Redner auf die Folgen des Krieges und des Friedensschlusses über, und in dieser Beziehung betonte er, der einzige wirtschaftliche Sieger sind die Vereinigten Staaten. Wir brauchen nicht zu verzweifeln, wir werden wieder hochkommen, denn alles fließt, alles ist nur provisorisch.

Noske über das Baltikum.

Sodann ergriff der Reichswehrminister **Noske** das Wort, um mit Rücksicht auf die Lage im Baltikum die ernste Ermahnung an die deutsche Presse zu richten, sich zurückzuhalten. Er gab unumwunden zu, daß die Truppen im Baltikum sich mit Recht in ihren Erwartungen betrogen fühlen, wären vor Monaten die deutschen Truppen aus dem Baltikum weggekommen, so gäbe es wahrscheinlich heute keine lettische Regierung mehr. Das alles ändert aber nichts an der Notwendigkeit, das Land zu räumen. Die Regierung wird alles daran setzen, um Deutschland vor einem neuen schweren Konflikt mit der Entente zu bewahren. Offene Unbotmäßigkeit und offener Ungehorsam werden so geahndet werden, wie es sich gehört.

Mit besonderer Lebhaftigkeit fährt der Reichswehrminister fort: Der Aufruf des Majors Bischoff an die Eiserne Division ist ein

Maß von Insubordination,

von Auflehnung gegen die Interessen des Reiches, daß dagegen mit allem Nachdruck eingeschritten werden muß. Gegen den Major Bischoff ist kriegsgerichtliche Untersuchung angeordnet worden.

Im Anschluß daran wendet sich der Redner gegen die Rechte wegen verschiedener Flugschriften, die unter den Truppen verbreitet worden sind. Die Vorwürfe, die der Minister in dieser Beziehung erhebt, begegnen dem lebhaften nachdrücklichen Widerspruch der Deutschnationalen. Bei diesem Teile der Verhandlung geht es im Saale sehr lebhaft zu. Unter anderm erwähnte der Reichswehrminister, daß wegen einer Schrift, in der die

Soldaten gegen die Regierung aufgehetzt werden,

und die nach den Geschäftsbüchern auf Veranlassung des Vorstandes der Deutschnationalen Partei gedruckt sind, Strafantrag gestellt sei. Weiter verteidigt der Minister sein Verhalten in Kiel, auf das vor kurzem General Ludendorf hingewiesen hat. Herr Noske rümte sich, daß er durch dieses Verhalten in Kiel viel Blutvergießen verhindert habe. Zum Schluß rief der Reichswehrminister, sowohl der äußersten Linken, als auch der äußersten Rechten zu, daß Verhetzungen des Heeres mit aller Schärfe geahndet werden würden.

Etat des Justizministers.

Die einzelnen Positionen des Etats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei wurden hierauf erledigt, und es kam der Etat des Reichsjustizministers an die Reihe. Der neue Reichsjustizminister Schiffer empfahl die Bewilligung der Forderungen mit einigen hinweisenden Worten. Hierauf sprach der Abg. Dr. **Cohn** von den unabhängigen Sozialdemokraten, der für die Aufhebung des Belagerungszustandes und für eine neue Amnestie eintrat. Ihm folgte der Abg. **Sinsheimer** von den Mehrheitssozialisten, der eine gründliche Reform des Strafgesetzbuches befürwortete.

Aus der Erwiderung des Reichsjustizministers ging hervor, daß nicht nur das Straf-, sondern auch das Zivilprozeßrecht reformiert werden solle. Die Auseinandersetzungen darüber zogen sich noch längere Zeit hin.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Ministerpräsident Hirsch für die Reichseinheit.** Auf der Messe in Frankfurt a. M. hielt der preußische Ministerpräsident Hirsch eine Rede, in der er die Notwendigkeit der Reichseinheit betonte und sagte: „Ich glaube, daß ich nicht nur im Namen der preußischen Re-

gierung spreche, sondern daß auch die Vertreter der süddeutschen Länder mit darin völlig übereinstimmen, daß wir im Gegensatz zu dem, was unsere Feinde anstreben, alle Veranlassung haben, auf die einheitliche deutsche Republik hinzuarbeiten, weil wir damit den Angriffsplänen der Feinde auf Deutschland am besten entgegentreten zu können glauben. Das eine wissen wir, daß Deutschland nicht verloren ist, solange nicht die deutsche Bevölkerung den Glauben an sich selbst verloren hat."

✚ **Kein autonomer Kohlenstaat.** Kürzlich brachten polnische Blätter eine Meldung, nach welcher Deutschland den Vorschlag gemacht hätte, einen autonomen Kohlenstaat, bestehend aus Oberschlesien, Teschen und dem Revier Dombrowa zu gründen. Dieser Staat sollte nach der Meldung unter das Protektorat der Entente gestellt werden und die Aufgabe haben, Mitteleuropa mit Kohlen zu versorgen. Wir betonten seinerzeit, daß uns die Meldung durchaus unwahrscheinlich vorkäme. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entbehrt die Nachricht jeder Begründung.

✚ **Neue Klage Erzbergers gegen Helfferich.** Wie verlautet, beabsichtigt Minister Erzberger eine neue Klage gegen Dr. Helfferich einzuleiten. Helfferich hat in Stuttgart behauptet, Erzberger habe geplant, ihn auf die Liste der Auszuliefernden zu setzen. Erzberger erblickt darin eine Verleumdung, da er selbst gar nicht die Macht haben könne, irgendeinen Deutschen zur Auslieferung an die Entente zu empfehlen.

✚ **Eine Protestnote an die Belgier.** Der Vertreter der deutschen Regierung bei der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf hat dem Vorsitzenden der belgischen Waffenstillstandskommission eine Note übergeben, in der gegen eine Anzahl von Fällen, in denen deutsche Staatsangehörige auf dem rechten Rheinufer von belgischen Heeresangehörigen verhaftet, in das besetzte Gebiet verschleppt und dort von belgischen Kriegsgerichten verurteilt worden sind, schärfster Protest erhoben wird.

✚ **Wilson und das Saargebiet.** In Paris hat Oberst House mitgeteilt, Präsident Wilson werde nach Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland eine in Paris abzuhaltende Zusammenkunft des industriellen Rates des Völkerbundes einberufen. Diese Zusammenkunft werde sich nur mit den auf das Saarbecken bezüglichen Fragen befassen.

✚ **Konflikt zwischen Unabhängigen und Kommunisten.** Im Groß-Berliner Arbeiterrat kam es zwischen Unabhängigen und Kommunisten zu Differenzen über die Stellungnahme zu der Frage, ob die Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganen im Sinne des Kommunismus umgestaltet werden sollten oder ob sie als Organ der künftigen wirtschaftlichen Gestaltung bestehen bleiben müßten. Da es den Unabhängigen gelang, einen Beschluß durchzudrücken, der ihren Tendenzen entsprach, verließen die Kommunisten unter Widerspruch den Sitzungssaal, und zwar nach einer Erklärung ihres Vertreters, daß eine Trennung zwischen den Unabhängigen und Kommunisten unbedingt eintreten werde, wenn dieser Beschluß nicht rückgängig zu machen sei. Es ist kaum anzunehmen, daß die Unabhängigen diesem Verlangen entsprechen werden. Man wird also damit rechnen müssen, daß im Groß-Berliner Arbeiterrat die Kommunisten wahrscheinlich auf eine weitere Mitarbeit verzichten werden.

Deutsch-Österreich.

✕ **Verhaftung des Kommunistenführers Levien.** In Wien wurde der von der bayerischen Regierung steckbrieflich verfolgte Spartakistenführer Dr. Max Levien von der Polizei festgenommen. Es war der Polizei seit einiger Zeit bekannt, daß sich Levien in Wien aufhalte. Die Festnahme erfolgte in den Abendstunden durch zwei Polizeiagenten, die seine Spur schon seit einigen Tagen verfolgten. Levien versuchte keinen Widerstand und ließ sich willig in die Polizeidirektion führen. Dort versuchte er anfangs zu leugnen, gab diese Taktik aber schließlich auf und erklärte, mit dem Verfolgten identisch zu sein.

Frankreich.

✕ **Kandidatur Poincarés.** Der Präsident Poincaré hat dem Ausschuß der republikanischen Partei im Maasdepartement seine Kandidatur für die bevorstehenden Neuwahlen zum Senat angeboten. Die Kandidatur ist angenommen worden. Da jedoch die Neuwahlen noch unter der Präsidentschaft Poincarés vorzunehmen sind, ist beschlossen worden, daß zunächst der Sitz einem Republikaner anzubieten ist, der nach dem Erlöschen der Präsidentschaft Poincarés zurücktreten und ihm seinen Sitz zur Verfügung stellen wird.

✕ **Die Auslieferungsliste.** Die Pariser Presse veröffentlicht eine Meldung, in der es heißt, England, Frankreich und Belgien hätten nunmehr der Friedenskonferenz die Liste der Deutschen übermittelt, die nach den Bestimmungen des Friedensvertrages wegen Vergehens gegen das Völkerrecht oder das Kriegsrecht ausgeliefert werden sollen. Kaiser Wilhelm stehe nicht auf der Liste.

Italien.

✕ **Der italienische Sozialistenkongreß** erzielte im großen und ganzen die Einigkeit zwischen den einzelnen Gruppen der Sozialdemokratie, und zwar im Sinne der Anschauungen Lazzaris. Die Maximalisten unter Ferrati verzichteten auf ihre Forderung, die Partei schon jetzt als kommunistische Partei zu bezeichnen. Ferner sprechen sie nicht mehr von dem Ausschluß derjenigen Mitglieder, die das Bekenntnis zum reinen Kommunismus ablehnen. Auch die Gewalttheorie wird geändert. Die Anwendung der Gewalt soll nicht mehr Selbstzweck sein, sondern nur als Antwort des Proletariats auf Gewaltakte der Bourgeoisie eintreten. Abseits stehen nur einige Extremisten, deren Stellungnahme aber für die Parteibeschlüsse belanglos ist.

Rußland.

✕ **Lenin von Trotzki verhaftet?** Über Riga laufen andauernd Meldungen ein über schwere Unruhen in Moskau. Es heißt, daß Lenin befohlen hat, Trotzki zu verhaften. Das Ergebnis sei aber gewesen, daß es Trotzki gelungen sei, die Oberhand zu gewinnen, worauf er Lenin festnehmen ließ.

Rumänien.

✕ **Mackensens Archiv.** Die rumänische Regierung erklärt, daß die rumänischen Behörden in Bukarest in einem Speicher 20 große Kisten mit dem Amtsarchiv des Generals v. Mackensen entdeckten. Die in diesen Kisten enthaltenen wertvollen Schriftstücke beziehen sich auf die Kriegsoperationen der deutschen Heere im Osten. Sie wurden nach Bukarest gebracht, um dort genau untersucht zu werden.

Portugal.

✕ **Eisenbahnerstreik und Unruhen.** In Lissabon ist ein Eisenbahnerstreik ausgebrochen und hat sich über ganz Portugal ausgedehnt. Truppen halten die strategischen Punkte der Stadt mit Maschinengewehren besetzt. Infolge der Verhaftung von 68 gewerkschaftlich Organisierten versuchten Gewerkschaftler das Gefängnis von Limoveiro zu stürmen. Truppen zerstreuten die Manifestanten. In der Nähe von Aveiro haben die Revolutionäre einen Zug zum Entgleisen gebracht. Durch die Umsicht des Lokomotivführers wurde größeres Unglück verhütet. Ferner kam es in Lissabon zu weiteren gewerkschaftlichen Kundgebungen, wobei die Polizei zahlreiche Verhaftungen vornahm.

Aus In- und Ausland.

Frankfurt a. M. Nachdem die Franzosen den Landrat des Kreises Saarlouis im Saargebiet abgeschoben hatten, zwangen sie jetzt den Kreistag, den Adjutanten des Militärverwalters, einen Leutnant Favrier, zum Landrat zu wählen.

Wien. Wie aus Jugoslavien gemeldet wird, wollen die Jugoslaven Klagenfurt erneut besetzen und erklären schon von vornherein, die in Aussicht genommene Volksabstimmung nicht anerkennen zu wollen.

Lugano. Die italienischen Truppen haben Cattaro verlassen und sich nach Durazzo begeben, wo sie weitere Weisungen abwarten.

Der Freiheitskampf der Türken.

Anwachsen der nationalistischen Bewegung.

Den italienischen Blättern zufolge hat sich die Lage in der Türkei derart verändert, daß es kaum mehr möglich sein wird, ohne Anwendung von Waffengewalt die Zuteilung der Mandate praktisch durchzuführen. Die von Mustafa Kemal Pascha und Reuf Bey geleitete nationalistische Bewegung in Anatolien macht Fortschritte. Das Heer der Insurgenten soll sich auf 20- bis 30 000 Mann beziffern. Zu ihnen gehört Minister Fuad Pascha. Marschall Abdulla weigert sich, gegen dasselbe Stellung zu nehmen. Der Kommandant des ihnen entgegengeschickten 20. Armeekorps, Handi Pascha, nahm gegenüber den Insurgenten, statt sie anzugreifen, eine wohlwollende Haltung ein. Unter diesen Umständen wandte sich der Großwesir an die Kommission des Vierverbundes mit dem Ersuchen, entgegen den Waffenstillstandsbedingungen neue militärische Kräfte rekrutieren zu dürfen. Die Erlaubnis dürfte aber kaum erteilt werden, weil die Gefahr besteht, daß auch die neue Einheit zu Mustafa Kemal überlaufen wird. Verschiedene Mitglieder der Regierung stehen in dem Verdacht, die Aufstandsbewegung zu begünstigen. Man schließt aus dieser Lage, daß die Türkei jede ausländische Kontrolle zurückweisen und sich jeder Gebietsabtrennung mit Waffengewalt widersetzen werde. Sie sei nur gewillt, die Hilfe und Mitwirkung der Großmächte bei der wirtschaftlichen Erneuerung des Landes entgegenzunehmen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 10. Oktober.

□ **Die 50-Pfennig-Stücke aus Aluminium.** Die Ausgabe der neuen 50-Pfennig-Stücke aus Aluminium an die Reichsbank dürfte noch in diesem Monat erfolgen. Im ganzen sollen 100 Millionen neuer 50-Pfennig-Stücke ausgegeben werden. Für die Herstellung neuer 1- und 2-Pfennig-Stücke wird zurzeit noch eine neue Legierung gesucht. Die 1-Pfennig-Stücke als Aluminium wurden eingezogen, da der hohe Preis dieses Metalls die Münzen über ihren Wert verteuert. Wünschenswert erscheint es auch, daß eine neue Legierung für die 1-Mark-Stücke gefunden wird, damit die 1-Mark-Scheine aus dem Verkehr gezogen werden können. An 50-Pfennig-Stücken sind seit Beginn des Krieges bis in die neueste Zeit insgesamt rund 65 Millionen Mark aus angekauftem Silber oder aus 2-Mark-Stücken hergestellt worden.

☞ **Der Roman mußte infolge großen Stoffandranges für die nächste Ausgabe zurückgestellt werden.**

—* **Die Provinzialfleischstelle** hat am 1. ds. Mts. angeordnet, daß Pferde, Esel, Maulesel und Maultiere, die zum Schlachten bestimmt sind, und Fleisch und Frischwurst von diesen Tieren nur mit Genehmigung der Provinzialfleischstelle aus der Provinz Westfalen ausgeführt werden dürfen. Gegen Zuwiderhandelnde sind schwere Strafen angedroht.

—* **Fahrgäste zweiter Klasse,** die im Schnellzug keinen Platz haben finden können und während der ganzen Fahrt haben stehen müssen, sollten sich bei Schluß dieser Reise die Tatsache bescheinigen lassen und dann von der zuständigen Eisenbahndirektion auf Grund des § 20 der Eisenbahnverkehrsordnung wegen Nichterlangung des bezahlten Platzes sich einen angemessenen Teil des Betrages zurückzahlen lassen. Bei den hohen Fahrkartenpreisen ist dies nicht zuviel verlangt.

= **Halver,** 10. Okt. Am gestrigen Abend hielt der christliche Metallarbeiterverband Ortsgruppe Halver im Haus zur Fuhr eine Versammlung ab. Herr Adolf Hukenbeck eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Sodann erteilte er Gewerkschaftssekretär Fischer-Lüdenscheid das Wort. Dieser besprach in längeren Ausführungen die wirtschaftliche Lage vor dem Kriege und in der heutigen Zeit; entwarf ein Bild über den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und bemängelte die Fehler der jetzigen Regierung und Zeitströmung. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich Herm. Sachs-Oeckinghausen und Gewerkschaftssekretär Albersmann-Hagen. Ersterer widersprach einigen Ausführungen des Gewerkschaftssekretärs Fischer, während Gewerkschaftssekretär Albersmann die Ausführungen Sachs wieder korrigierte.

= **Kierspe,** 10. Okt. Bisher hat England unserer Gemeinde insgesamt wieder 15 Mann zugeführt. Zurück in englischer Gefangenschaft sind noch 10 Kiersper, die wir hoffentlich auch recht bald begrüßen dürfen.

□ **Kierspe,** 10. Okt. In den letzten Tagen wird vielfach Klage über nächtliche Obstdiebstähle geführt. In den verschiedensten Teilen unserer Gemeinde treiben die Diebe ihr Handwerk, und haben auch häufig die Bäume die größten Beschädigungen erlitten. Jedem Besitzer von Obstbäumen sei daher empfohlen, so viel als möglich auf der Hut zu sein, solange er noch Obst draußen hat. Vielleicht glückt es auf diese Weise doch, des Einen oder Anderen habhaft zu werden und ihm einen würdigen Empfang zu bereiten, wie es vor kurzem in Bollwerk so schön der Fall war.

Meinerzhagen, 9. Okt. In der letzen Gemeinderatssitzung wurde Wilh. Sure zum stellv. Gemeindevorsteher gewählt. Die Gemeindearbeiter sollen den z. Zt. bei der Eisenbahn gezahlten Lohn erhalten. Den Notstandsarbeitern soll ein um 25 Pfg. geringerer Stundenlohn als den Gemeindearbeitern gezahlt werden. An der Vollme- und Oststraße sollen weitere Beleuchtungskörper angebracht werden. Für die Regelung der Frage betr. Anschluß der bebauten Grundstücke an die öffentliche Kanalisation und der Erhebung der Gebühren für die Benutzung derselben wurde eine Kommission gewählt. An den Kreis soll wegen Gründung einer Beihilfskasse, zu der die einzelnen Gemeinden Beiträge zahlen, herangetreten werden, die die Kosten für die Teilnahme der Feuerwehren bei auswärtigen Bränden übernimmt. Ferner wurde beschlossen, daß die Gemeinde den Differenzbetrag zwischen dem Verbraucher- und Erzeugerpreis der Kartoffeln in seiner vollen Höhe auf ihr Kasse übernimmt.

Hohenlimburg, 9. Okt. Auf dem Eisenbahnübergang an der Hagenerstraße in Hohenlimburg wurde der Wagen des Bäckers Kohlmann in Reh von einer schnellfahrenden Lokomotive erfaßt. Der Lenker des Wagens, Brunnenberg, der Stiefsohn des Kohlmann, war sofort tot, der Enkel Karl Brunenberg wurde schwer verletzt dem Krankenhaus zugeführt. Er hat eine Gehirnerschütterung erlitten und das Bewußtsein bis jetzt noch nicht wiedererlangt. Wen die Schuld an dem Unglück trifft, steht noch nicht fest. Anscheinend ist der Bahnwärter, der die Schranke nicht geschlossen hatte, nicht schuldig.

Witten, 9. Okt. Ein 16 jähriger junger Mann stürzte sich aus dem Zuge Dortmund-Hagen. Er erlitt schwere Kopfverletzungen. Der Vater des Lebensmüden war in demselben Abteil.

Dortmund, 9. Okt. Die Stadt hat nunmehr dem Generalfeldmarschall von Hindenburg den Ehrenbürgerbrief ausgestellt. Die Ernennung Hindenburgs zum Ehrenbürger von Dortmund geschah 1917 anläßlich des 70. Geburtstages des Feldmarschalls.

Asbeck, 9. Okt. Die Kinder des Maurers H. spielten mit einer Pistole. Sie entlud sich und die Kugel traf den Sohn des H. so unglücklich, daß er bald darauf starb

Köln, 7. Okt. Die Vertreter der in der Städtevereinigung der besetzten rheinischen Gebiete vertretenen Städte, sowie Abordnungen der Städte des unbesetzten Gebiets beschlossen einstimmig, sich dem Vorgehen der Stadt Köln in der Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und Schiebertums sowie des Schleichhandels anzuschließen. Die Städte haben an zuständiger Stelle das Ersuchen gestellt, auf verschärfte Anwendung der Verordnungen zur Bekämpfung des Schleichhandels, namentlich strengere Bestrafung für Vergehen gegen die Verordnungen hinwirken zu wollen.

Nah und Fern.

○ **Ausgeplünderte Jachten.** Im Jachthafen Lemwerder (Oldenburg) sind sämtliche Jachten ausgeplündert. Der Wert der geraubten Einrichtungsgegenstände beläuft sich auf 60 000 Mark.

○ **Mißglückte Schiebung mit Spitzen.** In Bonn wurden ein früherer Kölner Wirt König und seine Frau verhaftet, als sie auf dem Güterbahnhof einen Waggon mit Spitzen im Werte von eineinhalb Millionen Mark auf Grund gefälschter Papiere übernehmen wollten. Die Ladung gehörte einer Kölner Firma und war von zwei Kölner Eisenbahnbeamten vom Güterbahnhof Köln-Kalk nach Bonn verschoben worden. König hat vor einigen Wochen auch einen Waggon mit Stoffen ausgeraubt und hierbei Stoffe im Werte von 260 000 Mark erbeutet.

○ **Meuterei von Gefangenen.** Im Braunschweiger Kreisgefängnis ist es wieder zu einer Meuterei der Gefangenen gekommen. Eine mit Holzspalten beschäftigte Rotte von 15 Mann drang mit Beilen bewaffnet nach dem Hauptausgang des Gefängnisses vor. Die zu Hilfe gerufene Reichswehr ging gegen die Meuterer vor, von denen zehn zu entkommen wußten. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Meuterei von langer Hand vorbereitet war. Zwei der entflohenen Meuterer konnten wieder eingefangen werden.

○ **Eisenbahnkatastrophen.** Auf dem Bahnhof Studzermna bei Ratibor ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Dort sollte Umzugsgut eines Lehrers verladen werden. Der Wagen wurde zu nahe an das Eisenbahngeleis herangefahren. Ein einfahrender Vorortzug riß den Wagen um, wobei eine Anzahl auf den Plattformen des Zuges stehende Personen heruntergerissen wurden und unter die Räder kam. Zwei Personen wurden getötet, verschiedene schwer verletzt. — Reuter berichtet aus Mexiko: Bei einem Zugunglück zwischen Venegas und Saltillo wurden 60 Personen getötet und viele verwundet.

⊙ **Tabakkarten in Ungarn.** Nach einer Meldung aus Budapest wird demnächst in Ungarn die Tabakkarte eingeführt. Jeder ständige Bewohner des Landes, der das 18. Lebensjahr überschritten hat (auch die Frauen?) hat Anspruch auf monatlich 100 Zigaretten oder 30 Zigarren oder 150 Gramm Pfeifentabak.

⊙ **Schwere Lebensmittelkrise in Wien.** Im Wiener Stadtrat teilte der Bürgermeister mit, daß eine akute Verschärfung der Lebensmittelversorgung eingetreten sei, weil 17 Eisenbahnzüge zwischen Triest und Graz wegen Kohlenmangels steckengeblieben seien. Am 1. November werde Wien überhaupt kein Fleisch mehr haben. Es werde auch schwer fallen, die volle Brot- und Mehlquote auszugeben, falls nicht entsprechende Zuschüsse aus dem Auslande erfolgen würden.

⊙ **Die österreichische Krone 7½ Centimes.** Ein Wiener Blatt teilt mit, eine Schweizer Brauerei, die das sogenannte Kronenbier erzeugt, klebe jetzt als Vignette auf ihre Bierflaschen einen österreichischen Einkronenschein auf und mache damit nicht allein wirkungsvolle Reklame, sondern sei dabei auch im Vorteil, da der Herstellungspreis der früheren Vignette zehn Centimes betrage, während die Kronennoten in der Schweiz für 7½ Centimes erhältlich seien.

○ **Ein Handgranaten-Attentat.** Aus Kottbus wird berichtet: Auf Grube „Clara" bei Weltzow warf ein vor wenigen Tagen vom Militär entlassener junger Mann, anscheinend aus verschmähter Liebe, auf ein Mädchen, das mit vielen anderen Personen auf einem Eisenbahnwagen stand, aus dem Kartoffeln verteilt wurden, einige Handgranaten. Sechs Personen, darunter der Täter, wurden getötet, 15 schwer und sechs leichter verletzt.

⊙ **Millionenraub in Budapest.** Wie aus Budapest gemeldet wird, wurde die Wohnung des kürzlich in Wien verstorbenen ungarischen Großgrundbesitzers, Politikers und Sportsmanns Nikolaus v. Szemere ausgeraubt und die überaus wertvolle Einrichtung, Juwelen usw. im Gesamtwerte von mehreren Millionen Kronen gestohlen. Bisher ist es nur gelungen, die wertvolle Bücherei wieder herbeizuschaffen.

⊙ **Frankreich sucht in Deutschland nach geraubten Kirchenschätzen.** Die französische Regierung stellte eine Kommission zusammen, deren Aufgabe es sein soll, die nach Deutschland aus den eroberten Gebieten verschleppten

geeignet erscheinen oder sonstige Gründe gegen die Einkellerung des gesamten Bedarfes sprechen. (Unzuverlässigkeit des Versorgungsberechtigten.)

§ 11.

Die Zuteilung an die Versorgungsberechtigten erfolgt entweder:

aus den Vorräten der Wohnsitzgemeinde und zwar auf Grund von Kartoffelkarten oder **durch unmittelbaren Bezug der Kartoffeln seitens des Versorgungsberechtigten von einem Erzeuger in den Ueberschußkreisen der Provinz Westfalen oder den beiden in auswärtigen Provinzen gelegenen Ueberschußkreisen, die den Kreis Altena zu beliefern haben, d. s. die Kreise Nienburg a. d. Weser (Provinz Hannover) und Saatzig (Provinz Pommern) und zwar auf Grund besonderer Bezugsscheine.**

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß, wenn nicht unmittelbarer Bezug von einem Landwirt in einem auswärtigen Ueberschußkreise eintritt, die Zuteilung nur aus den Vorräten der Wohnsitzgemeinde in Frage kommt.

Darüber, ob den Versorgungsberechtigten Kartoffelkarten zum Bezuge bei einem von der ausführenden Stelle zu bestimmenden Landwirte oder bei einem von dem Versorgungsberechtigten bezeichneten Landwirte oder bei einem von dem Versorgungsberechtigten bezeichneten Landwirte der eigenen Gemeinde ausgestellt werden können, wird durch besondere Verordnung der Ortsbehörde Regelung getroffen. Der Bezug der Kartoffeln auf Kartoffelkarte von einem Landwirt in einer anderen Gemeinde des Kreises Altena als der Wohnsitzgemeinde kann in keinem Falle eintreten.

Die Kartoffelkarten werden nach besonderer Bestimmung der Ortsbehörde (Bürgermeister oder Amtmann) auf Antrag des Haushaltungsvorstandes ausgestellt.

Will sich der Versorgungsberechtigte durch unmittelbaren Bezug von einem Landwirt, der in einem der zugelassenen Ueberschußkreise wohnt, eindecken, so wird auf Antrag des Haushaltungsvorstandes nach besonderer Bestimmung der Ortsbehörde (Bürgermeister oder Amtmann) ein „Kartoffelbezugsschein zum unmittelbaren Bezuge von einem Landwirt in einem zugelassenen Ueberschußkreis" ausgestellt.

Anträge auf Ausstellung derartiger Bezugsscheine müssen bis spätestens den 20. Oktober ds. Js. gestellt sein. Später eingehende Anträge können in keinem Falle berücksichtigt werden. Es wird den Versorgungsberechtigten, die ihre Kartoffeln auf diesem Wege beziehen wollen, dringend empfohlen, sich zu vergewissern, daß der Erzeuger, auf dessen Namen der Bezugsschein ausgestellt wird, auch tatsächlich die Kartoffeln liefert. Eine nachträgliche Versorgung von Personen die sich einen Bezugsschein zum Bezuge von einem auswärtigen Erzeuger haben ausstellen lassen, durch Kartoffelkarten aus den Vorräten der Wohnsitzgemeinde in dem Falle, wenn der auswärtige Landwirt die zugesagte Kartoffelmenge nicht liefert, bereitet große Schwierigkeiten, da die Mengen, über die Bezugsscheine zum Bezuge von auswärtigen Landwirten ausgestellt sind, dem Kreise auf seinen Bedarf angerechnet werden.

Der Haushaltungsvorstand hat zu dem Antrage auf Ausstellung der Kartoffelkarte oder des Bezugsscheines die **Erklärung abzugeben, daß er anerkennt, mit den gelieferten Kartoffeln bis zu dem bestimmten Zeitpunkt auskommen zu müssen und daß er sich ausdrücklich verpflichtet, vor dem Ablaufe dieses Zeitraumes einen Anspruch auf weitere Zuweisung von Kartoffeln nicht zu stellen, sowie sich die Ueberwachung seiner Lagerbestände durch Vertrauensleute (§ 16) zu unterwerfen.** Selbstverständlich darf entweder nur ein Antrag auf Ausstellung einer Kartoffelkarte zum Bezuge aus den Vorräten der Wohnsitzgemeinde oder nur ein Antrag auf Ausstellung eines Bezugsscheines zum unmittelbaren Bezuge von einem Landwirt in einem zugelassenen Ueberschußkreis gestellt werden. Ueber die gestellten Anträge werden bei den Ortsbehörden Nachweisungen geführt.

Personen, die versuchen sollten, sich zur Versorgung für den gleichen Zeitabschnitt eine Kartoffelkarte und einen Bezugsschein zu verschaffen, werden streng bestraft (§ 19).

§ 12.

Auf Kartoffelkarte können Kartoffeln nur bei der durch die Ortsbehörde darauf schriftlich bezeichneten Stelle bezogen werden.

Die Kartoffelkarte wird in zweifacher Ausfertigung ausgehändigt. Sie ist nur gültig im Zusammenhange der ersten mit der zweiten Ausfertigung. Bei der Ausgabe hat die ausgebende Stelle die Ausgabe mit Gewichtsangabe der ausgegebenen Menge auf beiden Ausfertigungen zu bescheinigen. Die erste Ausfertigung hat der Kartoffelabgeber dem Bezugsberechtigten zurückzugeben. Sie dient dem Bezugsberechtigten als Ausweis, insbesondere dann, wenn er nicht die ganze auf der Kartoffelkarte zum Bezuge zugelassene Menge erhalten hat. Er erhält keine neue Kartoffelkarte, bevor er die alte nicht abgeliefert hat. Die zweite Ausfertigung hat die Ausgabestelle dem Empfänger abzunehmen.

Den Gemeinden bleibt es überlassen, sich bei der Abgabe besonderer Abgabestellen, auch des Handels oder der Industriewerke zu bedienen.

Einen Anspruch auf Lieferung bestimmter Sorten haben die Versorgungsberechtigten grundsätzlich nicht.

§ 13.

Die Versorgungsberechtigten dürfen vom 14. Sept. bis 1. Nov. 1919 und vom 15. Febr. bis 17. Juli 1920 wöchentlich nicht mehr als 7 Pfund auf den Kopf ihrer Haushaltsangehörigen und in der Zeit vom 2. November 1919 bis 14. Februar 1920 nicht mehr als 9 Pfd. pro Woche verbrauchen.

Für verdorbene Kartoffeln kann Ersatz nicht geleistet werden. Das gleiche trifft zu bei unzulässigem Mehrverbrauch. Schlechtwirtschaftenden Familien werden die eingekellerten Mengen genommen und jeweils auf kürzeren Zeitraum wieder zugeteilt.

§ 14.

Inhaber von Gastwirtschaften, von Speiseanstalten, sowie von sonstigen Anstalten zu Massenspeisungen, Verwalter von Krankenhäusern, Ledigenheimen, Kantinen, ferner von Lazaretten, wenn sie keine eigene militärische Kücheneinrichtungen haben, deren Verpflegung vielmehr einem Privatunternehmer übertragen worden ist, gelten für den Bezug von Kartoffeln gegen Kartoffelkarte und deren Einlagerung ebenfalls als Versorgungsberechtigte im Sinne der Vorschriften der §§ 10 bis 13. Die Zahl der Personen, für die Kartoffeln verbraucht oder bezogen werden dürfen, wird nach dem Jahresdurchschnitt, bei Gasthäusern auch unter Berücksichtigung des auswärtigen Verkehrs und nach den sonst für die übrigen Versorgungsberechtigten geltenden Richtlinien von der Ortsbehörde festgesetzt.

Verbot des ungeregelten Verbrauchs.

§ 15.

Niemand darf mehr Speisekartoffeln deutscher Herkunft erwerben oder an sich bringen, als ihm durch Kartoffelkarte (§ 11) oder durch Ausweis nach § 7 erlaubt ist.

Allgemeines Verbot des Verfütterns, Verarbeitens und Vergällens.

§ 16.

Jede Verfütterung von Kartoffeln, abgesehen von der Erlaubnis nach § 4 Ziffer 3, und das Einsäuern von Kartoffeln ist verboten.

Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation dürfen weder verfüttert noch zu Futterzwecken vergällt oder mit anderen Stoffen vermengt werden. Dies gilt nicht von Erzeugern der Kartoffeltrocknerei, die von der Reichskartoffelstelle oder der von ihr bestimmten Stelle zur Verfütterung freigegeben sind.

Ueberwachung des Verbrauchs und der Lagerung.

§ 17.

Der Landrat bestimmt Sachverständige und Vertrauensleute, die das Einmieten und Einlagern der Kartoffeln, ihre Erhaltung in gutem Zustande und ihren angemessenen Verbrauch überwachen. Die Vertrauensleute haben amtliche Eigenschaft Sie sind befugt, Räume, in denen Kartoffeln gelagert werden oder in denen Vieh gehalten oder verfüttert wird, zu besichtigen und sie zu durchsuchen. Die Besitzer der Räume haben den Vertrauensleuten auf Erfordern Auskunft über die vorhandenen Vorräte, ihre Herkunft und die Art ihrer Verwendung zu erteilen.

Verfallerklärung.

§ 18.

Der Kommunalverband kann Kartoffeln, die einer ordnungsmäßig ergangenen Aufforderung zuwider nicht angezeigt oder bei behördlicher Nachprüfung verheimlicht oder sonstwie der Aufnahme entzogen werden oder die der Kartoffelerzeuger vorschriftswidrig zu verwenden oder zu veräußern sucht, sowie Kartoffeln, die unbefugt in den Verkehr gebracht werden, ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten des Kommunalverbandes für verfallen erklären. Der Kommunalverband kann schon vor der Verfallerklärung die zur Sicherstellung der Kartoffeln erforderlichen Anordnungen treffen.

Zuwiderhandlungen.

§ 19.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen und die in deren Ausführung erlassenen Anordnungen der Ortsbehörden werden, abgesehen von § 20, mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbaren Handlungen beziehen, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, soweit sie nicht gemäß § 18 für verfallen erklärt worden sind.

Bei vorsätzlichem Verschweigen, Beiseiteschaffen, Veräußern oder Verfüttern muß die Geldstrafe, wenn ausschließlich auf sie erkannt wird, mindestens dem zwanzigfachen Werte der Vorräte gleichkommen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

§ 20.

Gegen Kartoffelerzeuger, die ihre Verpflichtung zur Sicherstellung und Lieferung nicht erfüllen, kann durch polizeiliche Strafverfügung des Bürgermeisters oder Amtmanns eine Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder entsprechende Haft festgesetzt werden.

Ermächtigung der Ortsbehörden.

§ 21.

Die Ortsbehörden können nähere Bestimmungen zur Durchführung dieser Anordnung erlassen, insbesondere über die Regelung des Verbrauchs, die Ausgabe von Kartoffelkarten usw.

Inkrafttreten.

§ 22.

Diese Anordnung tritt an dem Tage ihrer Veröffentlichung im amtlichen Kreisblatte in Kraft.

Kartoffelpreise.

Die Kartoffelpreise werden besonders festgesetzt und durch die Ortsbehörden bekanntgegeben.

Altena, den 23. September 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J. V.: Kühl.

Vorstehende Verordnung bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Halver, den 1. Oktober 1919.

Der Amtmann.

Amt Lüdenscheid.

Lebensmittelverkauf.

In den Metzgereien:
Auf Fleischkartenabschnitt der laufenden Woche:
125 Gramm Fleisch
Rindfleisch 3,20 Mk. à Pfd.
Kalbfleisch 2,60 Mk. à Pfd.
25 Gr. Wurst zu 2,50 M à Pfd.

In den Verkaufsstellen:
425 Gr. Kunsthonig zu 0,68 M. auf grüne Warenkarte Nr. 46,
350 Gr. Nudeln zu 0,46 M. auf grüne Warenkarte Nr. 47 und rote Warenkarte Nr. 45.

Lüdenscheid, den 8. Okt. 1919.

Das Lebensmittelamt.



M.-G.-V. „Liedertafel" Halver.

Die auf Samstag dieser Woche festgesetzte
Chorstunde fällt aus.
Der Vorstand.

Tüchtige Federhammerschmiede
zum Zinkenrecken und
ein Düllbreiter
auf Hacken sowie
ein Pressenarbeiter
für Friktionspresse für dauernde Beschäftigung gegen hohen Lohn gesucht.
Aug. Grote, Oberbrügge.

Arbeiter und Arbeiterinnen
gesucht.
Piepenstock & Co.,
Halver.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen
Pförtner.
Kriegsbeschädigter bevorzugt
Dresbach & Cie.,
Halver.

Tüchtiger
Federhammerschmied
sucht
H. W. Buschhaus,
Oberbrügge.
Eisenb.-Stat. Vollme-Ehringhausen.

Per sofort mehrere
Mädchen
gegen guten Lohn für unsere Vorarbeiterei gesucht.
Degenhardt & Sippel,
Halver.

Wirtschaftliche Vereinigung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.
Ortsgruppe Halver.

Am Samstag, den 11. Oktober 1919,
abends 7 Uhr
veranstaltet die Ortsgruppe auf der Carlshöhe im Lokale des Herrn Carl Theimann ein

Wohltätigkeitskonzert
mit nachfolgendem Ball,
unter gütiger Mitwirkung der Turnvereine und des Radfahrer-Vereins von Halver.

Die Musik wird ausgeführt von der verstärkten Lückmann'schen Kapelle.

Eintrittspreise:
zum Konzert 2,00 Mark, Ball 2,00 Mark.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu haben bei den Friseuren Abel und Hedderich, hier, im Vereinslokal „Posthaus" und bei den Mitgliedern.

Die aus der Gefangenschaft heimgekehrten Kameraden sind entreefrei.

Der Erlös ist zur Unterstützung bedürftiger Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen bestimmt.

Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

Warnung!

Hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß ich in meinem Obsthof
Fußangeln gelegt habe.
Fritz Löwen,
Halver, Hagenerstr. 26.

Gesucht zum 1. Nov. ein braves
Mädchen
für alle Hausarbeit.
Waschfrau wird gehalten.
Frau Pastor Pollmann,
Radevormwald.

Neuer Postgebührentarif.

Unentbehrlich für jedermann. Der Tarif gibt erschöpfende Auskunft über alle in Handel und Industrie vorkommende Fragen bezgl. Frankierung usw.
Preis 75 Pfg.
Wilh. Bell jr., Halver.

Kali 40—42%,
Kainit
empfiehlt
Otto Ohler, Ohl (Bez. Cöln).

Evangel. Gemeinde Halver.

Sonntag, den 12. Oktober
Vorm. 9½ Uhr: Abendmahlsfeier Pastor Dresbach.
Vorm. 10½ Uhr: Predigt Pastor Dr. Große-Dresselhaus
Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst,
Donnerstag abend 8½ Uhr: Kirchlicher Posaunenchor.

Eine gut erhaltene (fast neue)
Küchen- und Schlafzimmer-Einrichtung
zu verkaufen.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle des „Allgemeinen Anzeigers", Halver.

Junge, milchgebende
Ziege
wegen Futtermangel zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsstelle des Allgem. Anz., Halver.

Tiefe Teller
und
gewöhnliche, weiße
Kaffeetassen
sind wieder vorrätig.
Wilh. Bell jr., Halver.